

GÖTTINGEN



Girls Kick
Großes Mädchenfußball-Turnier auf dem Uni-Sportgelände **Seite 14**

Keine einstweilige Verfügung gegen Zumach

Streit um Göttinger Friedenspreis

Göttingen. Im Zivilprozess um den Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen den Jury-Vorsitzenden des Göttinger Friedenspreises, Andreas Zumach, hat das Göttinger Landgericht am Dienstag ein Urteil gefällt. Zumach darf demnach Achim Doerfer vom Vorstand der Jüdischen Gemeinde Göttingen weiterhin ungestraft Verleumdung vorwerfen. Das Göttinger Landgericht wies am Dienstag den Antrag Doerfers auf Erlass einer einstweiligen Verfügung ab (Az 9 0 6/19).

Doerfer war Mitunterzeichner eines offenen Briefes des Bündnisses gegen Antisemitismus und Antizionismus „Jachad“ vom 21. Februar, in dem die Vergabe des diesjährigen Friedenspreises an den Verein „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ kritisiert wurde. Gleichzeitig warfen die Unterzeichner Zumach in dem Schreiben vor, er wettete „sinngemäß gegen eine vermeintliche ‚Israellobby‘“, die systematische Redeverbote durchsetze. Zudem behauptete Zumach, dass es in der Preisjury keine Diskussion über antiisraelische Boykottkampagnen gegeben habe.

Zumach bestreitet diese Äußerungen, er warf den Unterzeichnern des Briefes deshalb Verleumdung vor. Doerfer verlangte in seinem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, dass Zumach den Verleumdungsvorwurf nicht länger aufrechterhält. Bei Zumachs Äußerung handele es sich um einen konkreten Fall nicht um eine Tatsachenbehauptung, sondern um eine Wertung, urteilte nun das Landgericht. Diese sei grundsätzlich von dem verfassungsrechtlich geschützten Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt.

„Wichtiger Sieg für die Wahrheit“

Zumach sagte dem epd, er werte das Urteil als „wichtigen Sieg für die Wahrheit und für das grundgesetzlich verbrieftete Recht auf Meinungsfreiheit“. Der Richterspruch wirke hoffentlich als Warnung an alle, die versuchen, „legitime Kritik an der völkerrechtswidrigen und menschenrechtsfeindlichen Politik der israelischen Regierung zu verhindern“.

Der Göttinger Friedenspreis war am 9. März an die „Jüdische Stimme“ vergeben worden und schon vorab heftig umstritten. Unter anderen hatten der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster, und der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, den Verein als antisemitisch kritisiert und das mit seiner Nähe zur Boykott-Kampagne BDS (Boycott, Desinvestitionen, Sanktionen) gegen Israel begründet.

Feier in privater Galerie

Wegen der Vorwürfe zogen die Universität, die Stadt und die Sparkasse in Göttingen ihre Unterstützung für die Preisverleihung zurück. Die Verleihfeier konnte deshalb nicht wie sonst in der Aula der Hochschule stattfinden. Sie wurde in einer privaten Galerie veranstaltet. Wegen des großen öffentlichen Interesses wurde die Feier in zwei weitere Gebäude übertragen. Mehr als 200 Organisationen und Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland erklärten sich mit dem Preisträger solidarisch. *epd*



Der Jury-Vorsitzende des Göttinger Friedenspreises, Andreas Zumach. FOTO: HELLER

STADTGESPRÄCH



Geständnis: Im Prozess um eine zerstückelte Leiche vor dem Landgericht Göttingen gestand der 29-jährige Angeklagte einen 37-jährigen Hausnachbarn getötet zu haben.

Dienberg-Aus und die Reaktionen

Überraschung in den Fraktionen: Reaktionen auf Vertragsende von Stadtbaurat Dienberg

Von Christoph Oppermann, Ulrich Schubert und Michael Brakemeier

Göttingen. Die Ankündigung von Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD), die Amtszeit von Stadtbaurat Dienberg nicht zu verlängern, hat die meisten Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen überrascht. Für Diskussion sorgt auch die von den Grünen ins Spiel gebrachte Neugliederung der Verwaltungsspitze.

Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD) hatte am Montag bestätigt, dass er Stadtbaurat Thomas Dienberg nicht für eine weitere Amtszeit vorschlagen wird. Dienbergs Vertrag als Wahlbeamter endet im Februar nächsten Jahres nach 16 Jahren. Ebenfalls am Montag haben die Grünen im Rat der Stadt erstmals vorgeschlagen, mit dem Weggang Dienbergs das Dezernat für Bauen, Planen und Umwelt zu splitten: Parallel zu einem Bau- und Planungsdezernat soll es ein zusätzliches „Dezernat für nachhaltige Entwicklung“ für die Bereiche Umwelt und Klimaschutz (Mobilität) geben.

Der Ausschuss für Bauen, Planen, Umwelt sei inzwischen „völlig überbläht“, begründet der Fraktionsvorsitzende Rolf Becker den Vorschlag der **Grünen** für ein neues Dezernat. Es seien im Lauf der Zeit viele neue Aufgaben hinzugekommen. Es gebe einen enormen Stau abzuarbeitender Projekte. Und jedem müsse inzwischen bewusst sein, dass der Klimaschutz jetzt „eine der vordringlichsten Aufgaben ist, der wir uns mit aller Energie stellen müssen“.

„Klare und strategische Steuerung“

Das könne der Leiter eines inzwischen gewachsenen „Super-Dezernates“ alleine nicht stemmen, erklärte Becker weiter. Um beiden wichtigen Themenbereichen gerecht zu werden und sie erfolgreich zu führen, brauche es eine klare und strategische Steuerung – in zwei Dezernaten. Dabei gehe es auch um Geld, ergänzte Becker und wies damit die Kritik zurück, ein zusätzlicher Chefposten koste zu viel Geld. Wenn es einem neuen Baudezernenten mit konzentrierterem Arbeitsbereich gelinge, nur ein Prozent der ins Stocken geratenen städtischen Projekte wie den Umbau des Otfried-Müller-Hauses und der Lohbergschule schneller voranzutreiben, spare die Stadt in jedem Jahr 500 000 Euro.

Die Grünen haben konkrete Vorschläge für die Ausgestaltung eines künftigen Umweltdezernates. Es soll sich in vier Fachbereiche gliedern: Umweltschutz, Klimaschutz und Klimaanpassung, Mobilität und Stadtentwicklung.

Vor diesem Hintergrund stützen die Grünen auch den Vorschlag des Oberbürgermeisters, Dienbergs Vertrag nicht weiter zu verlängern. Aber die Arbeit des bisherigen Dezernates selbst spielt eine Rolle: „Herr Dienberg hat seine Licht- und seine Schattenseite“, so Becker. Auf der einen Seite sei immer wieder klar erkennbar gewesen, dass Themen wie Klimaschutz und Umwelt für ihn eine Herzensangelegenheit sind. Bei der Steuerung und Koordination des großen Baudezernates und Begleitung besonderer Projekte hingegen „liegen offenbar nicht seine Qualitäten“. Dienberg sei „bedauerlicherweise Täter und Opfer“ einer Situation im Baudezernat, die nicht so fortgeführt werden sollte. Über eine mögliche Nachfolge „gibt es bei uns aber noch keinerlei Überlegungen“, versicherte Becker. Wenn der Rat zustimmt, werde die Position ausgeschrieben. Entscheidend sei – für beide Dezernate – die Qualifikation.

Wie und mit wem die Spitze des Baudezernates besetzt werden soll? Von einem völlig „offenen Verfahren“ spricht der Vorsitzende der **SPD**-Ratsfraktion, Tom Wedrins. Es gehe nun darum, jemanden mit ent-



Seit 2004 Stadtbaurat in Göttingen: Thomas Dienberg.

FOTO: HINZMANN



Hierfür ist eine Person mit Fingerspitzengefühl notwendig.

Helena Arndt,
Die Partei



Überrascht hat mich Köhlers Vorschlag nicht.

Olaf Feuerstein,
CDU

So erreichen sie die Autoren

Per E-Mail an:
■ c.oppermann@goettinger-tageblatt.de
■ m.brakemeier@goettinger-tageblatt.de
■ u.schubert@goettinger-tageblatt.de

sprechender Qualifikation zu finden.

Offen zeigt sich Wedrins auch für das von den Grünen beantragte gesonderte Umweltdezernat. Mobilität sei ein wichtiges Thema, und der Antrag sei „Impuls für eine Diskussion, die jetzt geführt werden muss“. Es sei fraglich, ob alle Aufgaben gut gelöst würden, wenn sie in nur einem Dezernat gebündelt blieben. Wedrins weist darauf hin, dass es zwar einen Ratsausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Mobilität gebe, aber kein entsprechendes Dezernat in der Stadtverwaltung. Es sei also zu überprüfen, ob die Verwaltungsstrukturen zu den anstehenden Aufgaben passten.

CDU will „intensiv beraten“

Nein, sagte Olaf Feuerstein, **CDU**-Fraktionsvorsitzender im Rat, am Dienstag, überrascht habe ihn Köhlers Vorschlag nicht. Es sei „zu erspüren“ gewesen. Die CDU im Rat will am Mittwoch über das Thema „intensiv beraten“ und es in „aller Ruhe“ besprechen. Auch der Antrag der Grünen, ein neues Dezernat für die Themen Umwelt- und Klimaschutz einzuführen, will die Fraktion dann erörtern. Beides seien keine „08/15-Themen“, sagte Feuerstein mit Blick auf ihre Komplexität.

„Die Schaffung eines neuen Dezernates will gut überlegt sein“, meinte Felicitas Oldenburg (**FDP**). „Will man sich das wirklich leisten?“ Stattdessen bevorzugt die FDP Investitionen in Schulen, Kultur und Sport. Die Schaffung eines fünften Dezernates hält Oldenburg für eine „Profilierungsidee der Grünen“. Zwar halte sie das Thema Umwelt für wichtig, es sei aber sehr nah am Bereich Bauen. Oldenburg hält es für den falschen Ansatz, ein neues

Dezernat zu schaffen, aber auf der „Arbeitsebene“ nichts zu ändern. Der Vorschlag für ein neues Dezernat hätte als Thema, so Oldenburg, in die Haushaltsberatungen gehört. Köhlers Vorschlag, Dienbergs Vertrag nicht zu verlängern, habe sie „überrascht“.

Auch die Ratsgruppe von **GöLinke und Antifaschistische Linke** hat sich bislang weder zu Köhlers Vorschlag noch zum Vorstoß der Grünen positioniert. Am Mittwoch trifft sich die vierköpfige Gruppe erstmals wieder nach der Osterpause. Die Nachricht, dass Dienbergs Vertrag auf Vorschlag des Oberbürgermeisters nicht verlängert werden soll, habe ihn überrascht, sagte Rolf Ralle, Vorsitzender der Gruppe gegenüber dem Tageblatt. Grundsätzlich stelle die Gruppe die Arbeit von Dienberg nicht infrage, ergänzte



Die Stadthalle: eines der Großprojekte aus dem Super-Dezernat für Bauen und Planung. FOTO: HINZMANN

der Stellvertreter Edgar Schu. Die Gruppe sei in der Vergangenheit allerdings nicht immer mit Ratsentscheidungen zu Bau- und Umweltthemen zufrieden gewesen. „Das machen wir aber nicht an der Person Dienberg fest“, sagte Schu. Sei doch Dienberg auch an Weisungen gebunden.

Differenzen mit dem Oberbürgermeister?

Vertreter der Ratsgruppe von **Piraten und Die Partei** äußerten sich am Dienstag überrascht – vor allem vom angekündigten Ende Dienbergs und der „kurzfristig avisierten“ Entscheidung dazu in der nächsten Ratssitzung. „Kritisch“ sei allerdings, „das ganz offensichtlich vor allem Differenzen mit dem Oberbürgermeister zu dieser Entscheidung geführt haben, nicht aber inhaltliche Kritik“, ergänzte Dana Rotter (Gruppenvorsitzende / Piraten). Inhaltliche Kritik habe es auch von anderen mehrfach gegeben – auch von den Piraten, die bereits 2015 Dienbergs Rücktritt gefordert hatten.

Unter anderem mit Blick auf die problematische Lage am Göttinger Wohnungsmarkt sei die Position an der Spitze des Baudezernates eine mit besonderen Herausforderungen, ergänzte Helena Arndt (Die Partei): „Hierfür ist über die benötigte Professionalität hinaus eine Person mit Fingerspitzengefühl und einem Blick für langfristige Entwicklungen notwendig.“

Den Vorschlag, ein zusätzliches Umweltdezernat zu schaffen, unterstützte die Gruppe. Denn: Angesichts des großen Aufgabenspektrums im Baubereich blieben Umweltthemen „sehr oft auf der Strecke“, so Rotter.

Dezernate in Göttingen

In vier Dezernate ist die Göttinger Verwaltung aufgeteilt. Folgende Aufgabenbereiche sind ihnen zugeteilt: „Finanzen, Ordnung und Feuerwehr“ (Dezernent Christian Schmetz / CDU), „Personal, Schule, Jugend“ (Maria Schmidt / Grüne), „Soziales und Kultur“ (Petra Broistedt / SPD) sowie „Bauen und Planen“ (Thomas Dienberg / parteilos). Dienberg ist seit dem 1. März 2004 im Amt des Stadtbaurates in Göttingen. Im April 2011 hatten

die im Rat der Stadt vertretenen Mitglieder aller Parteien Dienberg einstimmig für acht Jahre im Amt bestätigt. Zuvor hatten Vertreter von SPD, CDU, Grüne und Linke sich im Bauausschuss positiv über Dienbergs Arbeit geäußert und seine Wiederwahl befürwortet. Nach Auskunft von Verwaltungssprecher Dominik Kimyon hat Dienberg ab dem 1. März 2020, also mit Eintritt in den Ruhestand, bis zum Lebensende Anspruch auf 71,75 Prozent

seiner derzeitigen Besoldung (B5, Grundgehalt 8800 Euro). Dienberg ist seit Ende des Zweiten Weltkrieges der siebte Baudezernent Göttingens. Seit November gehören zu seinem Verantwortungsbereich Klimaschutz und Umwelt. Dienbergs Vorgänger im Amt des Stadtbaudezernenten waren Jürgen Danielowski (2001-2004), Simone Raskop (1995-2001), Norbert Klein (1982-1994), Herbert Wiltenstein (1961-1981), Karl Graben-

horst (1946-1961) und Otto Frey (1909-1946). Göttingens „erster und bislang einziger“ reiner Umweltdezernent war Gerhard Cassing, der diesen Posten nach eigenen Angaben von 1989 bis 2000 innehatte. Damals habe das Thema Umwelt größere Bedeutung gewonnen, erinnerte sich Cassing. Immer neue EU-Vorgaben hätten umgesetzt werden müssen. Damals habe es in der Stadtverwaltung noch sieben Dezernate gegeben. *mib/us*